

Palästinensischer Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat

Nach einer Meldung der palästinensischen Nachrichtenagentur „Wafa“ hat die Abgeordnete Hanan Ashrawi am 15. Februar 2011 bestätigt, dass das Exekutivkomitee der PLO gemeinsam mit Mitgliedern des „Palestinian Legislative Council“ – dem Parlament – dem UN-Sicherheitsrat den Entwurf einer Resolution vorgelegt hat, in dem die Weltorganisation aufgefordert wird, die israelische Siedlungspolitik zu verurteilen. Die Entscheidung darüber soll noch in dieser Woche fallen. Auslöser des Vorstoßes ist nach den Worten Ashrawis die israelische Ankündigung vom Tag zuvor, in den Siedlungen Pisgat Zeev und Ramot Allon – beide im einst arabischen Osten Jerusalems gelegen – 120 neue Wohneinheiten zu errichten. Sollten die USA ihr Veto einlegen, so Ashrawi weiter, wäre dies ein direkter Affront gegen die internationale Gemeinschaft und die Erfordernisse des Friedens. Die Entschlossenheit und der Mut des ägyptischen Volkes seien eine machtvolle Erinnerung daran, dass niemand das Verlangen eines Volkes nach Freiheit, Würde und Gerechtigkeit ewig unterdrücken könne. Die USA sollten verstehen, dass dies genau jene Werte seien, die den tunesischen und ägyptischen Aufstand begründeten.

Inzwischen soll die US-Administration unter Einschaltung von Außenministerin Hillary Clinton die Palästinensische Autonomieregierung sowie die sie in dieser Frage unterstützenden arabischen Staaten und andere UN-Mitglieder gedrängt haben, den Entwurf zurückzuziehen, weil er darauf hinauslaufe, die USA international zu isolieren. Wenn der Entwurf am 18. Februar im UN-Sicherheitsrat diskutiert wird, sei zu erwarten, heißt es weiter, dass Washington sein Veto einlegen werde, während Frankreich und Großbritannien der Initiative zustimmen.

Am 17. Februar hat sich Präsident Barack Obama mit einem Telefonanruf bei seinem Amtskollegen Machmud Abbas in den palästinensischen Vorstoß eingeschaltet und ihn informiert, dass die USA bei der Abstimmung am 18. Februar ihr Veto einlegen würden, und ihm als Kompromiss eine für den Sicherheitsrat nicht bindende Erklärung angeboten, wonach die israelische Siedlungspolitik illegitim sei. Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland, seit dem 01. Januar 2011 nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates für zwei Jahre, bei der bevorstehenden Abstimmung ist nicht bekannt.

Am 18. Februar legen die USA ihr Veto gegen den von der Palästinensischen Autonomieregierung und anderen Staaten eingebrachten Resolutionsentwurf gegen die israelische Siedlungspolitik ein. 14 Mitglieder des Sicherheitsrates, darunter die Vetomächte Großbritannien, Frankreich, China und Russland sowie die Bundesrepublik Deutschland, stimmen dem Entwurf zu. Die US-amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen Susan Rice begründet das Veto mit der Sorge, dass eine Resolution die Wiederaufnahme direkter Friedensverhandlungen verhindern könne. Gleichzeitig weist sie namens ihrer Regierung „mit aller Deutlichkeit (in the strongest terms) die Legitimität der anhaltenden israelischen Siedlungsaktivität zurück“. Die seit 1967 anhaltende Siedlungspolitik sei illegitim, nicht jedoch illegal und unterminiere Israels Sicherheit, seine Demokratie und Hoffnung für Frieden und Stabilität in der Region. In einem Telefonat, berichtet die palästinensische Zeitung „Al Ayyam (Die Tage)“ habe Obama am 17. Februar Abbas erklärt, dass die amerikanische Zustimmung zum Resolutionsentwurf den US-Kongress zum Stopp der Hilfe für die Autonomiebehörde veranlasst hätte.
